



Bürgerinitiative Ausländerstopp – Nachrichten

NÜRNBERG – Aktuelles aus Stadt und Rathaus – Ausgabe 2 / 2009

Nr. 28 – Das deutsche Stadtblatt – im Kampf gegen die Dummheit

Fax/Ruf: 09 11/64 61 76 Weltnetz: www.auslaenderstopp.de

ePost: info@auslaenderstopp.de

Steuergelder für Multikulti-Werbeaktion der Stadt Nürnberg

Welcome to Nuremberg?

Unter diesem Motto steht eine seit Wochen laufende Werbeaktion der Stadt Nürnberg. Die Werbeplakate wurden auf Flächen der Stadtreklame in der ganzen Stadt plakatiert. Unter den bei uns „Willkommen“ geheißenen wird auch eine verschleierte Frau mit einer sogenannten „Burka“ (Gesichtsverhüllung) gezeigt.

Eine von der BIA für den Stadtrat darüber beantragte Diskussion wurde von OB Maly abgelehnt! Er will sich offenkundig den Argumenten nicht stellen!

Die beiden BIA-Stadträte Ollert und Schmaus haben dabei deutlich gemacht, daß von dem Plakat ein falsches Signal ausgeht, nämlich in Richtung der Forderung und Förderung nach einer „Einwanderungs(stadt)-Gesellschaft“ und daß dies nicht im Sinne der einheimischen Bürger sein kann.

Genau das wollen aber OB Maly und die Mehrheit des Stadtrates. Auch die CSU ist hier ganz auf Linie. So erklärte der bayerische Minister und CSU-Bezirksvorsitzende Markus Söder: „Es gibt keine Alternative zur Integration“. Im Nürnberger



Dieses Plakat der Stadt Nürnberg ist im sowie vor dem Hauptbahnhof plaziert. Ob Nürnbergs Steuerzahler hart arbeiten, damit von ihren Steuergeldern solche blödinige Werbung finanziert wird, statt das Geld Familien, Schulen und Kindergärten zu geben? Foto: Ralf Ollert

Stadtrat ist es allein die BIA, umworbenen Fachkräfte lassen die hier eine andere Auffassung vertritt. Bezogen auf das Werbeplakat verlaubliche die auf sich warten und bevorzugen offensichtlich lukrativere Arbeitsplätze in anderen Ländern oder verbleiben in ihrer heimischen Wirtschaft.“ Für die BIA gibt es eine Alternative zur Einwanderung und Integration: Konsequenter Einwanderungsstopp und Förderung der Rückkehrbereitschaft der Ausländer in ihre Heimatländer!

Jetzt wollen OB Maly & Co. sogar einen „Rat für Integration und Zuwanderung“ schaffen, der 2010 seine Arbeit aufnehmen

soll. In diesem Zusammenhang soll dann der „Aussiedlerbeirat“ abgeschafft werden. Das heißt, integrationswillige und auch längst integrierte Volksdeutsche sollen Asiaten, Orientalen und Arabern gleichgestellt werden.

Das wiederum paßt zur Auffassung des Oberbürgermeisters, daß nicht die deutsche Staatsbürgerschaft, sondern die Lebenslage der Menschen entscheidend sein soll.

Also kein Vorrang mehr für Deutsche in Deutschland! Nicht umsonst heißt es in den Leitlinien der Stadt Nürnberg zur Integration, daß alle gleichberechtigt an den Leistungen der Stadt teilhaben sollen.

Dagegen will die BIA Widerstand leisten. Die BIA sagt, daß Nürnberg sehr wohl eine welt-offene gastfreundliche Stadt ist. Aber eines muß doch auch klar sein: Wir wollen in einer wohnlichen deutschen Stadt leben und nicht wie in einer türkischen Provinz oder einer russischen Teilrepublik!

Es wird Zeit, daß die Bürger dies den herrschenden Parteien mittels Stimmzettel bei den Wahlen deutlich zu verstehen geben!

BIA-Gespräch mit Rainer Biller, Wahlkreiskandidat der NPD „Sicherheitswacht ein Erfolg“

Nach der Europawahl, rückt die Bundestagswahl am 27.9.09 in den Blickpunkt. Die BIA kann hier als kommunale Wählergruppe natürlich nicht antreten. Neben den großen Parteien werden insbesondere die Ergebnisse der beiden „Protestparteien“ „Die Linke“ und NPD mit Spannung erwartet.

Während die „Linke“ zwar sozialpolitisch populistisch agiert, tritt sie andererseits für die Globalisierung und die schrankenlose Einwanderungsgesellschaft ein. Die NPD will dagegen den Nationalstaat erhalten und für das deutsche Volk die Zukunft sichern.

Die Redaktion sprach deshalb mit dem 44jährigen Rainer Biller, dem Wahlkreiskandidaten der NPD für Nürnberg-Süd.

Herr Biller, warum haben Sie sich als Kandidat für die NPD zur Verfügung gestellt?

Ich bin der Meinung, daß jeder Deutsche sich seiner Heimat und seinem Volk verbunden zeigen sollte. Zum anderen möchte ich die Zukunft meiner Heimat und natürlich die Zukunft unserer Kinder mitgestalten und sichern. Die Inhalte und Ziele der NPD haben mich überzeugt. Aus diesem Grund habe ich in der NPD meine Heimatpartei gefunden und möchte meinen Teil zum Ganzen dazugeben.

Welche Schwerpunkte setzen Sie bei Ihrer politischen Tätigkeit, was interessiert Sie besonders?

Meine Schwerpunkte sehe ich im Bereich Familie – Kinder- und Jugendarbeit, sowie Sicherheit in den Stadtteilen. Da ich selber ein Familienmensch bin, steht die Arbeit für Familien, Kinder und Jugendliche – und hier besonders sozialschwache Familien – für mich im Vordergrund.



Rainer Biller, Wahlkreiskandidaten der NPD für Nürnberg-Süd

Wie sehen Sie die Entwicklung in Nürnberg, insbesondere in Ihrem Stadtteil Langwasser?

Die Entwicklung in Nürnberg ist nicht positiv zu sehen. Immer mehr Stadtteile werden durch Nichtdeutsche überbevölkert, die einheimische deutsche Bevölkerung gerät ins Abseits und wird zur Minderheit im eigenen Land.

In Langwasser kann man die negative Entwicklung im Zeitraum der letzten zwanzig Jahre sehr gut sehen. Ein Stadtteil, der von deutschen Familien geprägt und ohne Gewalt und Zerstörung war, entwickelte sich zu einem Stadtteil, in dem nur noch wenige deutsche Familien leben und der von Gewalt, Zerstörung, Alkoholdelikten usw. geprägt ist.

Immer mehr Deutsche flüchten aus Langwasser. Und diejenigen, die Eigentum haben, möchten so schnell wie möglich verkaufen. Der Anteil an Ausländern wird immer größer, was sich auch negativ auf die Schulen auswirkt, in die unsere deutschen Kinder gehen müssen. Bald sind unsere Kinder auch in Langwasser in der Minderheit und müssen diese Situation

ertragen. Das gilt es aber, jetzt zu verhindern.

Sie gelten als Begründer der „Nationalen Sicherheitswacht“. Wie kam es zu dieser Idee und was wurde bereits erreicht?

Die Grundidee kam mir nach vielen Gesprächen mit der in Langwasser lebenden deutschen Bevölkerung. Besonders aber die Familien mit Kindern und alte Menschen haben mir ihr Leid in den Gesprächen geklagt. Kinder können teilweise nur unter Angst oder mit ihren Eltern auf Spielplätze.

Der Grund sind ausländische Jugendliche und auch Erwachsene, die dort alkoholisiert herumlungern und auch randalieren. Sehr oft haben aber auch die Eltern Angst um Leib und Leben ihrer Kinder und gehen erst gar nicht auf den Spielplatz.

Alte Menschen trauen sich auf Grund dieser Zustände nicht mehr in den Park, weder am Tag und schon gar nicht in den Abendstunden.

Seit die Nationale Sicherheitswacht, bestehend aus ehrenamtlichen nationalen Bürgern – meist Jugendlichen – aktiv ist, sehen die Anwohner wieder positiv in die Zukunft.

Gegenüber Vertretern der „Noris-Arbeit“ (NOA) – einer gemeinnützigen Beschäftigungsgesellschaft der Stadt Nürnberg,

Erscheinungsvermerk
Anschrift Herausgeber
und Verlag:

Satz und Druck: E.i.S.
Nächste Ausgabe: bis zum 30.09.2009

In Ausnahmefällen kann es vorkommen, daß die Inhaber von Bildrechten nicht festgestellt werden konnten. Sofern diesbezüglich rechtmäßige Ansprüche geltend gemacht werden, erklärt sich der Verlag bereit, die üblichen Honorare zu zahlen. Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Haftung übernommen.

Herausgeber und V.i.S.d.P.:
Stadtrat Ralf Ollert, c/o Rathaus, Fünferplatz, 90403 Nürnberg
Ruf/Ferndruck: 09 11 / 64 61 76 // ePost: ollert@imail.de
Namentlich gekennzeichnete Beiträge verantwortet der jeweilige Verfasser selbst.

Ralf Ollert
Postfach 61 02 41
90222 Nürnberg

Nürnberg

Fortsetzung von Seite 2

versicherten zahlreiche Bürger, daß sie sich, besonders die älteren unter ihnen, wieder in die Parks trauen, seit diese Nationale Sicherheitswacht in Langwasser aktiv ist.

Ich möchte besonders darauf hinweisen, daß nach Aussage von Mitarbeitern der NOA-Nürnberg in vielen Stadtteilen auf den Spielplätzen absichtlich

Tochter. Was könnte in der Familienpolitik besser gemacht werden?

Man muß sozialschwache Familien sowie Alleinerziehende gezielt fördern. Besonders im schulischen Bereich, was Schulmaterial angeht, sind besonders diese Familiengruppen immer im Nachteil.

Da fehlt es oft am nötigsten. Mütter müssen in der Erziehungszeit zu 100 Prozent Unterstützung erfahren, denn unsere Kinder sind die Stütze unserer Volksgemeinschaft und unsere Zukunft.



Ohne deutsche Kinder – keine deutsche Zukunft!

und gezielt Spielgeräte mit abgebrochenen Messerklingen, zerbrochenen Glasflaschen und Rasierklingen manipuliert werden, die unter Umständen nicht nur zu schwersten Verletzungen, sondern auch zum Tod eines Kindes führen könnten.

Könnte auch die NOA für das Sicherheitsgefühl in Nürnberg noch besser eingesetzt werden und wie könnte dies geschehen?

Ja das könnte man, bei entsprechendem Willen der Verantwortlichen.

Wenn die Stellen bei der NOA-Nürnberg mit Arbeitnehmern (mit festem Arbeitsvertrag) und nicht mit „Ein-Euro-Jobbern“ besetzt wären, diese Arbeitnehmer eine gezielte Ausbildung erhielten und entsprechende Handlungsmöglichkeiten hätten, würde man ein Arbeitslosenproblem lösen und Sicherheit schaffen.

Als Erziehungsberechtigter sind Sie alleinerziehender Vater einer
BIA

Warum glauben Sie, berichten die Medien (Zeitung, Fernsehen, Rundfunk) nichts oder nur schlechtes über die NPD und in Nürnberg über die Stadtratsgruppe der BIA?

Wenn die Medien die Wahrheit über Arbeit und Ziele der NPD oder auch über die BIA-Stadtratsgruppe Nürnberg berichten würden, hätte die NPD und die BIA bei den Wahlen 30 Prozent oder sogar mehr.

Durch die Totschweige-Taktik oder auch durch Verbreitung negativer Informationen an die Bevölkerung kann diese entsprechend manipuliert werden, damit die Bürger der NPD/BIA keine Wahlstimmen geben.

Dies gelingt aber immer weniger, denn die Bevölkerung hat zwischenzeitlich die Methoden der Medien durchschaut und glaubt ihnen nicht mehr alles.

Liebe Nürnberger, es geht nicht mehr darum, den Anfängen zu wehren, sondern darum, daß Deutschland wieder das Land der Deutschen wird.

Das Gespräch führte Horst Müller.

Lärmschutz für Werderau Gibitzenhof kommt!



Lärmschutzwall.

Foto: Thomas Max Müller/ Pixelio

Was lange umstritten war, wird wohl endlich gut. Zuerst war nicht vorgesehen, im Zusammenhang mit dem Ausbau des Frankenschnellweges einen zusätzlichen ausreichenden Lärmschutz für die Werderau und Gibitzenhof zu schaffen. Durch Mittel aus dem Konjunkturpaket II wird dies jetzt aller Voraussicht nach doch möglich. So konnte sich **BIA**-Stadtrat Ralf Ollert erfreut darüber im Stadtrat äußern, daß der Antrag der **BIA** vom 12.2.09 auf einen zusätzlichen Lärmschutz für den

Bereich Werderau/Gibitzenhof, auch auf Zustimmung der großen Fraktionen gestoßen ist. Auch der Einsatz der Bürger vor Ort wurde damit belohnt.

Stadtrat Ollert wörtlich in der April-Sitzung: „Die Entwicklung des Stadtteiles Werderau in den letzten Jahren ist ein eindrucksvoller Beweis dafür, was man mit richtigem Wählen alles erreichen kann.“ Erst durch die guten Wahlergebnisse für **BIA** und NPD ist der Stadtteil in den Blickpunkt der Stadtpolitik gerückt.

An unsere Leser:

Möchten Sie die Einladungen und Informationen der BIA-Nachrichten regelmäßig per Post erhalten?

Dann lassen Sie sich als Anhänger registrieren.

Schreiben Sie an:

**Stadtrat Ralf Ollert
Postfach 610241,
90222 Nürnberg.**

Bürgerinitiative Ausländerstopp Nürnberg

Besuchen Sie uns im Weltnetz: www.auslaenderstopp.de

Stellungnahme zum Sicherheitsbericht der Polizei für das Jahr 2008

Auch im Namen der **BIA** spreche ich der Polizei Dank für die geleistete Arbeit für die Sicherheit der Bürger aus.

Was etwas verwunderlich erscheint, ist die Tatsache, daß unter der Rubrik „Brennpunkte der Inspektionen“ nicht auch die Disko-Szene am Kohlenhof aufgeführt ist, obwohl dort quasi jedes Wochenende Körperverletzungen stattfinden. Nachzulesen in den Tageszeitungen jeweils meist montags und dienstags.

Hemmschwelle sinkt

Hier, aber auch an anderen Beispielen, zeigt sich, daß die Hemmschwelle zur Anwendung körperlicher Gewalt vor allem bei Jugendlichen sinkt, insbesondere in Verbindung mit übermäßigem Alkoholgenuß. Dies ist vor allem eine Folge der Perspektivlosigkeit vieler Jugendlicher, die mit ihrer Zeit nichts Sinnvolles anzufangen wissen und auch keine gemeinschafts- und persönlichkeitsbildenden Werte mehr durch Erziehung und Schule vermittelt bekommen, die allgemein akzeptiert werden.

Staat versagt

Daran zeigt sich das Versagen des Staates, der zwar alte Werte der Gemeinschaft verteuert und nichts mehr davon wissen will, aber nicht in der Lage ist, überzeugend neue zu vermitteln, weil die bindungslose „Multi-Kulti“-Zuwanderungsgesellschaft naturgemäß keine gemeinsamen
Seite 4



BIA-Stadtrat Ralf Ollert nimmt Stellung zum Polizei-Sicherheitsbericht 2008

Werte bilden kann. Was nicht zusammengehört, kann eben nicht zusammenwachsen. Ihrer Heimat entwurzelte Zuwanderungskinder stehen mit ebenso perspektivlosen einheimischen Jugendlichen in direkter Konkurrenz und oft im Gegensatz der Kulturen und Mentalitäten.

Ausländerkriminalität

Dies fördert Frust, Alkoholismus und Kriminalität. Der „Sicherheitsbericht“ würde deshalb auch im Bereich der Ausländerkriminalität noch ganz anders aussehen, wenn dieser auch eine Aufteilung der Tatverdächtigen mit sogenanntem „Migrationshintergrund“ ausweisen würde, insbesondere, was die Jugendkriminalität betrifft.

Trotzdem ist weiterhin auch die statistische „Ausländerkriminalität“ mit 31,2 % Anteil bei den Tatverdächtigen, wesentlich

höher, als der Bevölkerungsanteil der Paß-Ausländer mit 17,2 % und somit sehr wohl ein beachtenswerter Aspekt der Kriminalitätsentwicklung.

Propagandadelikte

Noch einige Worte zum Punkt „Politisch motivierte Kriminalität – Rechts“, die als „Phänomenbereich“ bezeichnet wird, was wahrscheinlich ein Druckfehler ist, und „Phantombereich“ heißen soll, da sie bei objektiver Betrachtung so gut wie nicht vorhanden ist.

Selbstverständlich ist jede Kriminalität, egal wie diese motiviert ist, zu verfolgen und zu verurteilen. In diesem Bereich überwiegen jedoch bei weitem die sogenannten „Propagandadelikte“, die sowohl im „linken“ Spektrum, als auch in den meisten Staaten der Welt, überhaupt nicht verfolgt werden und so die Statistik verfälschen.

Politischer Mißbrauch

In diesem Zusammenhang möchte ich erwähnen, daß wir als **BIA** uns zwar selbstverständlich an alle Gesetze halten, aber zumindest die bundesrepublikanische Auslegung des Volksverhetzungsparagraphen 130, der ausschließlich zur Bekämpfung der nationalen Opposition mißbraucht wird, für grundgesetzwidrig halten. Es ist deshalb nicht unbedenklich, wenn die Polizei immer wieder sogenannte „Präventionsveranstaltungen“ zum Thema „Rechtsextremismus“ durchführt.

Neues aus dem
Nürnberger Stadtrat:

Stadtratssitzungen 2009

Jeweils um 15 Uhr
im Rathaus, Fünferplatz

24.6./ 22.7./
23.9./ 21.10./
16.12.

Haushaltsberatungen:

19.11. und 20.11.
jeweils ab 9 Uhr

Besuchen Sie die
öffentlichen Sitzungen des
Nürnberger Stadtrates!

Schauen Sie öfter
mal rein:

<http://www.auslaenderstopp.de>

Schmalere Grat

Hier bewegt sich die Polizei auf einem „schmalen Grat“, sich nicht politisch in der Auseinandersetzung mit völlig legalen nationalen Parteien mißbrauchen zu lassen und die sowieso nicht gegebene, aber gesetzlich verbrieft, „Chancengleichheit“ des politischen Wettbewerbes weiter zu unterlaufen.

Die Beurteilung der Grundgesetzkonformität von politischen Bestrebungen, obliegt zum Glück ausschließlich dem hierfür zuständigen Bundesverfassungsgericht.

Ralf Ollert,
BIA-Gruppensprecher
Stadtratssitzung April 2009